



Die Linke protestierte deutlich gegen die Schließung

Protest zur Schließung der Kinderklinik Ludwigsfelde

Rund 50 Menschen sind am 31. Juli unserem Aufruf gefolgt und haben gemeinsam gegen die Schließung der Kinderklinik am Evangelischen Krankenhaus Ludwigsfelde demonstriert. Vom Rathaus Ludwigsfelde zogen wir zum Krankenhaus, um ein klares Zeichen für eine solidarische Gesundheitsversorgung zu setzen. Uns war von Anfang an bewusst, dass unsere Demonstration die Schließung der Kinderklinik nicht mehr verhindern konnte. Dennoch war es uns wichtig, den Protest auf die Straße zu tragen. Die Schließung darf nicht als alternativlos dargestellt werden. Sie ist kein bedauerlicher Einzelfall, sondern Ausdruck einer Gesundheitspolitik, die wirtschaftliche Interessen über

Bedürfnisse der Menschen stellt. In unseren Redebeiträgen haben wir die CDU/CSU-SPD-Bundesregierung scharf kritisiert. Das GKV-Spargesetz erhöht den finanziellen Druck auf Krankenhäuser und verschärft die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung. Statt Krankenhäuser kaputtzusparen, brauchen wir eine verlässliche Finanzierung, die sich am tatsächlichen Versorgungsbedarf orientiert. Gesundheit ist ein Grundrecht und kein Geschäftsmodell. Unsere Kritik richtet sich auch an die Brandenburger SPD-CDU-Landesregierung. Wenn Gesundheitsminister René Wilke (SPD) erklärt, dass die Schließung der Kinderklinik in Ludwigsfelde nicht die letzte Klinik- oder Stations-

schließung in Brandenburg sein werde, sendet man das falsche Signal. Ein Gesundheitsminister sollte jeden Krankenhausstandort und jede notwendige Fachabteilung verteidigen, statt Schließungen als unvermeidlich erscheinen zu lassen.

Unser Protest gilt auch dem Krankenhausträger. Wirtschaftlicher Druck darf nicht dazu führen, dass wohnortnahe, stationäre Versorgung für Kinder und Familien verloren geht.

Die Demonstration ist beendet – unser Einsatz nicht. Wir setzen uns weiter für eine bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung, den Erhalt flächendeckender Gesundheitsversorgung und eine Politik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die Schließung der Kinderklinik ist ein schwerer Verlust für Ludwigsfelde und die Region. Umso entschlossener kämpfen wir dafür, dass sie kein Vorbild für weitere Schließungen in Brandenburg wird.

Robert Kosin,
Altenpfleger, Geschäftsführer
des Kreisverbandes



Aktuelles

aus unseren Fraktionen

Beilage »Einblicke«

Thierisch gesehen



Foto: A. Mattescheck

**Liebe Leser*innen,
liebe Genoss*innen,**

viele Menschen spüren, dass das Leben teurer wird. Hohe Mieten, steigende Nebenkosten und ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum setzen Familien, Alleinerziehende und Senior*innen unter Druck. Gleichzeitig geraten Kommunen durch wachsende Sozialausgaben und knappe Haushalte zunehmend an ihre Grenzen oder sind sogar schon in der Haushaltssicherung. Die Antwort darauf darf aber nicht sein, nur noch das Nötigste zu verwalten. Politik muss gestalten. Die Linke steht für eine (Kommunal-)Politik, die soziale Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Wir brauchen mehr Investitionen in bezahlbares Wohnen, eine verlässliche Finanzierung der sozialen Beratungsangebote und eine stärkere Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt tragen.

**Wer den sozialen
Zusammenhalt stärkt,
investiert nicht nur in
die Gegenwart, sondern
in die Zukunft!**

Felix Thier,
Vorsitzender des
Kreisverbandes

Die Linke

Kreisverband
Teltow-Fläming

Geldwäsche-Konferenz



Isabelle Vandr  (Mitte) und weitere Mitglieder der Linksfraktion im Bundestag

Geldwäsche-Bekämpfung ist eine Frage der Gerechtigkeit

Wer an Geldwäsche denkt, hat oft Koffer voller Bargeld oder Briefkastenfirmen in fernen Steuer-oasen vor Augen.

Tatsächlich begegnet sie uns viel näher: auf dem Wohnungsmarkt. Denn wenn kriminelles Geld in Immobilien investiert wird, steigen Kaufpreise, Spekulation wird angeheizt und bezahlbarer Wohnraum wird noch knapper. Geldwäsche ist damit längst auch ein Treiber der Wohnungskrise. Diesen Zusammenhang thematisierte Die Linke im Bundestag Anfang Juli auf einer Konferenz. »Geldwäsche heißt, dass jedes Jahr zusätzlich zu den normalen

Investitionen noch etwa 25 Milliarden schmutziges Geld aus der ganzen Welt in Deutschland ankommt. Das führt zu steigenden Preisen auf dem Wohnungsmarkt und führt letztlich auch zu steigenden Mieten«, brachte Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit das Problem auf den Punkt.

Ermöglicht und begünstigt wird das durch verschleierte Eigentumsverhältnisse. »Undurchsichtige Eigentümerstrukturen, insbesondere über ausländische Holdinggesellschaften, anonyme Briefkastenunternehmen und Share Deal-Konstruktionen, er-

möglichen es, illegale Gewinne in großem Stil in den deutschen Immobilienmarkt einzuschleusen«, heißt es dazu in einem Antrag der Linksfraktion an den Bundestag, der die Geldwäschebekämpfung in den Fokus nimmt.

Wie groß das Problem tatsächlich ist, dazu fehlen allerdings belastbare Daten. Häufig wird das gesamte Volumen der Geldwäsche in Deutschland auf rund 100 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. So lautet die Schätzung aus einer Dunkelfeldstudie der Uni Halle von 2016.

Ob zehn Jahre später von erheblich höheren Summen aus-

gegangen werden muss, war auch unter den Teilnehmer*innen der Konferenz umstritten. So lautete eine zentrale Forderung auch, mehr Mittel für die Forschung zu Geldwäsche bereitzustellen. Zudem müssten die Ermittlungskompetenzen in dem Bereichverst rkt werden, so Michael Findeisen von der NGO mafia-neidanke. Thomas Seidel von der antifinancialcrime.org sprach sich für eine zügige Umsetzung des von der Bundesregierung vorgelegten Aktionsplans gegen Organisierte Kriminalität aus.

»Deutschland ist ein Geldwäsche-paradies. Immobilienhaie, kriminelle Banker, Oligarchen – kurz: Finanzkriminelle jeder Couleur haben es hier viel zu einfach. Das ist keine neue Erkenntnis; darauf wird Deutschland seit Jahren hingewiesen«, so Isabelle Vandr , Sprecherin für Bekämpfung von Finanzkriminalität und Immobilienspekulation der Fraktion Die Linke im Bundestag.

Die Linke will nun mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt schaffen. In einem Antrag schlägt sie die zügige Einführung eines Immobilientransparenzregisters vor. Dies soll sichtbar machen, wem Immobilien eigentlich gehören und damit die Geldwäschebekämpfung erleichtern.

Isabelle Vandr ,
Mitglied des Bundestages,
Fraktion Die Linke

Gegen die Abwahl der Bürgermeisterin in Zossen

Aus Sicht der Linken-Basisorganisation Zossen ist das Abwahlbegehren gegen die derzeitige Bürgermeisterin Wiebke  ahin-Connolly ein unnötiges Unterfangen. Die Durchführung eines Abwahlverfahrens würde nur unnötige Kosten verursachen. Nächstes Jahr sind ohnehin turnusmäßige Bürgermeisterwahlen und zum anderen gibt es kein

rechtswidriges Verhalten, welches man Bürgermeisterin  ahin-Connolly vorwerfen könnte. Auf der Unterschriftenliste zum Abwahlbegehren werden auch keine Gründe hierzu benannt.

Vorwürfe, dass die derzeitige Bürgermeisterin Zossen in die Haushaltssicherung gebracht hätte, sind so nicht haltbar. Zur Amtsübernahme 2019 hatte sie

von ihrer Amtsvorg ngerin schon enorme Schulden übernommen. Hinzu kam, dass durch Briefkastenfirmen hohe Rückzahlungen der Gewerbesteuer fällig wurden und auch in den kommenden Jahren noch getätigt werden müssen. Auch diese Ursache liegt in der Zuständigkeit ihrer Amtsvorg ngerin. Die aktuellen und ehemaligen Linken-Mitglieder

der Stadtverordnetenversammlung, die mit Frau  ahin-Connolly als Bürgermeisterin zusammen gearbeitet hatten und haben, lehnen das Abwahlverfahren ab.

Ilona Schmitt und
Steffen Sloty, Zossen

In unserer Region**Bundestagsabgeordnete
Christin Willnat**Christin Willnat (r.) lässt sich
DAS HAUS zeigenChristin Willnat (Stirnseite
Tischende) im Gespräch

Am 3. Juli dieses Jahres besuchte unsere Bundestagsabgeordnete Christin Willnat mit ihren zwei Mitarbeitern Teile unseres Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd. Denn diese sind Teil von Christin Willnats Wahlkreis.

Ihr erster Stopp war die Gemeinde Niedergörsdorf. Nach der Besichtigung des Kulturzentrums Das Haus in Altes Lager lud sie zu einer Gesprächsrunde ein um sich über das soziale Miteinander in einer Gemeinde mit 22 Ortsteilen, die Arbeit mit und für die Senior*innen sowie das ehrenamtliche Engagement zu informieren. Daran nahmen neben den dortigen Basismitgliedern unserer Partei die Bürgermeisterin der Gemeinde Niedergörsdorf, Frau Boßdorf, der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Bank, die Leiterin des Kulturzentrums, Frau Schütze, zwei drei der Kümmerer der Gemeinde, die Vorsitzende des Senioren- und Behindertenbeirates sowie der Ortsvorsteher des Ortsteiles Altes Lager teil. Christin Willnats besonderes Interesse galt der ehrenamtlichen Arbeit der Kümmerer. Einer kümmert sich um Fragen der Digitalisierung – so führt er Treffen in einigen Ortsteilen durch, wo besonders die Senior*innen ihre Fragen und Probleme mit der Handhabung von Computern oder Handys klären können. Aber auch im Jugendtreff Jump ist er präsent.

Die beiden anderen Kümmerinnen sind in den Orten unterwegs, um besonders

Senior*innen das Gefühl zu geben, dazu-zugehören und Möglichkeiten der Teilhabe aufzuzeigen.

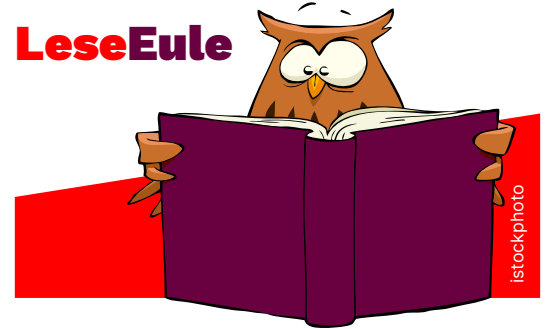
So öffnet zum Beispiel jeden Sonntag in Altes Lager die Suppenküche in der Freiwilligen Feuerwehr ihre Pforten, wo viele Fragen und Probleme angesprochen und auch geklärt werden.

In Jüterbog waren wir dann zu Gast im AWO-Seniorenzentrum. Nach der Besichtigung lud die Leiterin Frau Schulze zu einem Gespräch ein und nahm sich sehr viel Zeit für die Beantwortung der Fragen von Christin Willnat und erläuterte ihrerseits die Erfahrungen und vielen Probleme in der Pflegearbeit. Dabei ging es besonders um die fehlende Finanzierung allgemein und die bürokratischen Hürden bei der Ausbildung von Quereinsteiger*innen, insbesondere von Migrant*innen, die gerne arbeiten möchten.

Das Gespräch mit den Genoss*innen in unserer Geschäftsstelle zum Abschluss war für uns alle sehr inhaltsreich, informativ und sehr anregend.

Fazit: Christin Willnat kommt sehr gerne wieder und wird versuchen, vierteljährlich unseren Regionalverband zu besuchen. Für dieses Jahr wird es dann der November sein.

Edeltraut Liese,
Regionalverband TF Süd

LeseEule**Fabian Goldmann:
»Staatsräsonfunk«**

Seit Oktober 2023 ist die Welt Zeuge eines beispiellos dokumentierten Genozids an der palästinensischen Bevölkerung in Gaza. Nur: wenn man in die deutschen Medien schaut, wird man davon nichts erfahren. Was man stattdessen bekommt, sind wörtlich übernommene Pressemitteilungen der israelischen Armee, teilweise nicht mal als solche gekennzeichnet, und ein im wahrsten Sinne des Wortes Totschweigen von allem, was in den Mitteilungen nicht vorkommt. Doch wie kommt es zu einer so ausgeprägten Parteinahme für eine Kriegspartei, die nachweislich ihre Behauptungen und »Rechtfertigungen« nicht belegen kann, und wie äußert sie sich?

Der Islamwissenschaftler und Journalist Fabian Goldmann hat im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis zum 10. Oktober 2025 die Berichterstattung der BILD als eher rechte und reichweitenstärkste Tageszeitung, der tagesschau als reichweitenstärkstes TV-Nachrichtenmedium und als Vertreterin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, des SPIEGEL als auflagenstärkstes Nachrichtenmagazin, der ZEIT als linksliberale und auflagenstärkste Wochenzeitung und der taz als größtes Medium mit linkem Selbstverständnis analysiert. Besonderen Fokus legte er dabei zum Beispiel auf die Perspektivenvielfalt bzw. den Mangel daran und die Vorwürfe, dass alle Angaben aus Gaza, alle Krankenhäuser, alle Schulen, alle ermordeten Journalisten Hamas seien, und tut das, was deutsche Medien seit bald drei Jahren nicht tun: Angaben prüfen, ein breites Spektrum an Quellen heranziehen, kontextualisieren.

Damit hat Fabian Goldmann eines der wichtigsten deutschen Sachbücher dieses Jahrzehnts geschrieben – uneingeschränkte Leseempfehlung!

Kim Just,
Ludwigsfelde

Fabian Goldmann:
»Staatsräsonfunk«

ISBN: 978-3-96156-145-2

Manifest Verlag

405 Seiten, 22,00 Euro



Es geht weiter im **Regionalverband TF Süd**

Am 13. Juli fand eine Mitgliederversammlung des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd unserer Patei statt.

■ Diese Mitgliederversammlung wurde nötig, da aus dem bisherigen Regionalvorstand drei von vier Mitgliedern ihren Rücktritt erklärt hatten. Da die Wahlperiode dieses Vorstandes jedoch noch nicht zu Ende war und ein Mitglied dem Vorstand erhalten blieb, war mit Zustimmung der Mitglieder des Regionalverbandes nur eine Nachwahl nötig. Zu dieser Nachwahl haben sich Edeltraud Liese, Petra Haase und Wanya Nitschke gestellt. Diese wurden durch die Mitglieder auf der Versammlung auch mehrheitlich gewählt. Alle Gewählten haben die Wahl angenommen und bedanken sich bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen.

■ Der wieder komplettierte Vorstand wird sich Anfang August zu seiner ersten Sitzung treffen und die Arbeit aufnehmen.

■ Da sich das unser traditionelles Zuckertütenfest wieder nähert, war auch dessen Organisation und Planung ein wichtiges Thema. Zuständigkeiten wurden unter anderem schon einmal grob festgelegt und die Planung zur Beschaffung nötiger Materialien und personeller Unterstützung besprochen. Die nötigen Anträge werden gestellt und Genehmigungen eingeholt. Auch gab es zu berichten, dass unser Zelt aus der Reparatur zurück ist und wieder zur Verfügung steht.

Max Zauber,
Mitglied des Regionalvorstandes

Zusammenarbeit über die Kreisgrenze hinaus:



Wie Baruth/Mark und Golßen gemeinsame Wege gehen

Dass gesellschaftliche Themen, infrastrukturelle Herausforderungen und das alltägliche Zusammenleben selten an administrativen Grenzen haltmachen, ist für Gemeinden an den Rändern der Landkreise längst keine neue Erkenntnis mehr.

Während Verwaltungsgrenzen auf der Karte klare Linien ziehen, sieht die Realität vor Ort oft ganz anders aus: Menschen pendeln, nutzen Angebote der Nachbarkommune und teilen dieselben regionalen Anliegen. Umso wichtiger ist es, dass auch die politische Arbeit vor Ort nicht an der eigenen Gemarkung endet.

Für die Mitglieder von Die Linke in Baruth/Mark und Golßen gehört der Blick über den eigenen Tellerrand deshalb seit einigen Monaten zum festen Programm. Was erst vor kurzem als vorsichtiger, zaghafter Versuch eines gegenseitigen Nachfragens begann, hat sich in dieser kurzen Zeit zu einer verlässlichen, produktiven und mittlerweile fast schon freundschaftlichen Zusammenarbeit entwickelt.

Der eigentliche Anstoß für diese engere Kooperation war dabei ein ganz pragmatischer Schritt im Alltagsgeschäft: Eine gemein-

same Flyer-Aktion anlässlich des Weltfrauentags. Die Genoss*innen aus Golßen wandten sich damals mit der Frage an die Baruther Ortsgruppe, ob man aufgrund der geografischen Nähe und der kurzen Distanzen zwischen den Ortschaften nicht auch die lokale Veranstaltung im Nachbarort mitbewerben wolle. Die Idee war simpel, der Nutzen für die Menschen in der Region direkt greifbar – und die Resonanz durchweg positiv.

Aus diesem ersten Impuls ist in den vergangenen Monaten eine gelebte Praxis geworden. Längst beschränkt sich der Austausch nicht mehr nur auf diese erste Aktion. Ob beim gegenseitigen Besuch der traditionellen Jahresempfänge, bei der Abstimmung gemeinsamer inhaltlicher Angebote für die Bürger*innen oder bei regelmäßigen Vernetzungstreffen: Der direkte Draht steht.

Ein besonderes Zeichen dieser nachbarschaftlichen Solidarität war auch die Unterstützung beim Golßener CSD: Die Linke Baruth/Mark hat das Entstehen dieses wichtigen bunten Signals in der Region von Herzen begrüßt und packte vor Ort direkt mit an, indem sie tatkräftig das

Ordnersteam unterstützte. Anstatt nebeneinanderher zu arbeiten, bündelt man Kräfte, tauscht Erfahrungen aus und hilft sich gegenseitig dort, wo es gebraucht wird.

Wir als Die Linke Baruth/Mark möchten diesen Anlass nutzen, um Danke zu sagen: Ein herzliches Dankeschön gilt allen engagierten Genoss*innen in Golßen für die verlässliche Partnerschaft, die vielen guten Ideen und den unkomplizierten Austausch auf Augenhöhe. Wir blicken mit großer Freude auf die ersten gemeinsamen Monate zurück und freuen uns schon jetzt auf viele weitere spannende Projekte und die Kooperation in der Zukunft!

Elian Franz,
Baruth/Mark



»Die da oben«

Gesundheits-, Pflege-, Renten-, Arbeitsmarktreform, Kriegstüchtigkeit!

Was wir uns in den letzten Monaten alles von der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung anhören mussten, lässt sich in zwei Kernaussagen zusammenfassen: Der Sozialstaat sei zu teuer und für Aufrüstung wird nicht aufs Geld geschaut. Wen wundert es da, dass wir auf den Straßen, an Haustüren, am Gartenzaun oder in der Familie immer öfter hören: »Die da oben machen doch eh was sie wollen.«

Innenminister Dobrindt (CSU) ignoriert seit Monaten geltendes ausgeurteiltes EU-Recht, wonach die deutschen Grenzkontrollen und Zurückweisungen rechtswidrig sind.

Verteidigungsminister Pistorius (SPD) spricht davon, sich gegen Angriffe verteidigen zu müssen, nutzt aber das viel aggressivere und auf eigenen Angriff hindeutende Wort »kriegstüchtig«. Und weil das noch nicht ausreicht, möchte er bis 2039 die »konventionell stärkste Armee Europas haben«. 2039 – 100 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs.

Weiter macht Wirtschaftsministerin Reiche von der CDU, die, aus der Gaslobby kommend, ihren ehemaligen Job einfach im Wirtschaftsministerium fortführt. Erneuerbare, vom Ausland unabhängig machende, Energien werden gekürzt und verteufelt,



um die eigenen Kumpels der Gaslobby zu beschenken mit dem Plan, neue Gaskraftwerke in Deutschland ans Netz zu bringen. Das ist aktive Klimasabotage. Die Vorschläge der Rentenkommission und die darauffolgende Kritik füllen nun das Sommerloch. Streichung der Rente nach 45 Beitragsjahren, die gerade im Osten viel genutzt wird, Einführung des demografisch angepassten

(mitwachsenden) Renteneintrittsalters und viele falsche Maßnahmen mehr. Das einzig gute: laut der Kommission sollen zukünftig alle in ein Rentensystem einzahlen. Mal sehen, wie die CDU das verhindern wird.

Familienministerin Prien (CDU) kürzt bei jeder Gelegenheit den Familien und vor allem Kindern ihre Zuschüsse und BlackRock-Kanzler Merz (CDU) hat eh nichts

Zeit für Protest,
Zeit für Die Linke!

Besseres zu tun, als sich alle paar Tage über die faulen Deutschen und ihre fehlende Arbeitsmoral aufzuregen. Wir feiern schließlich alle zu oft krank, sagt er zumindest.

Wir brauchen endlich wieder Politiker*innen, die ihre Arbeit an Fakten ausrichten, an Wissenschaft, an Lösungsansätzen statt an Katastrophenszenarien. Politiker*innen, denen die Menschen wichtiger sind als die Gewinne ihrer Lobbyisten. Die Abgelebene Politik von CDU/CSU und SPD hat ausgedient. Zeit für Veränderung, Zeit für Fokus auf die Menschen.

In Berlin, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sind im September Wahlen – sagen Sie es ihren Freund*innen und Bekannten dort: Zeit für Die Linke!

Tobias Lübbert,
Vorsitzender des
Regionalverbandes TGL

Veranstaltungstipp

2. CSD LUDWIGSFELDE

29. August 2026
14:00 Uhr

Bahnhof Ludwigsfelde

Die Linke

Bericht aus dem Behindertenbeirat Ludwigsfelde

Nachdem Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieb und das Behindertengleichstellungsgesetz beschloss, wurden öffentliche Behindertenbeiräte Pflicht in den Kommunen. Deren Mitglieder werden durch die Kommunen berufen. Die Aufgaben der Beiräte sind unter anderem die Unterstützung und Begleitung aller politischen Aktivitäten in der Stadt. Sie helfen bei der Schaffung von Voraussetzungen zur Chancengleichheit und Barrierefreiheit. In Ludwigsfelde trifft sich der Beirat monatlich zu seiner öffentlichen Sitzung. Ebenso findet eine Sprechstunde für Betroffene statt. Während der Teilnahme an den Stadtverordnetenversammlungen informiert der Beirat über

vorhandene Mängel. Da sich die Zuständigkeit des Beirates gerade mal auf öffentliche Projekte beschränkt, nutzt das beste Gesetz nicht viel. Trotzdem hat sich vor Ort einiges getan: Die Fahrpläne des ÖPNV wurden der besseren Lesbarkeit für Betroffene wegen mit QR-Codes versehen. Ein Problem bleibt die Nutzung des ÖPNV durch Schwerbehinderte aus den Randgebieten, eventuell durch einen Rufbus. Inzwischen werden bei der Ehrung »Sportler des Jahres« auch aktive Behinderte berücksichtigt. Die »Kunden«-Nummern im Bürgeramt sind nicht nur les-, sondern auch hörbar. Zu den Jahresenden finden im Klubhaus Kinoabende statt, mit dem Schwerpunkt Behinderung

im Alltag. Ständige Themen sind der Ausbau von barrierefreien Zugängen und Straßenübergängen in der Stadt. Ein langfristiges Thema ist die Gestaltung von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten. Hier hat die Stadt als »Kinderfreundliche Kommune« ein großes Aufgabengebiet. Außerdem ist uns die Vernetzung mit anderen Beiräten und Verbänden der Wohlfahrtspflege im Land für den Erfahrungsaustausch sehr wichtig. Denn Teilhabe ist kein Extra, das man gibt – sie ist ein Recht für jeden. Und dafür ist

der Staat in seiner Daseinsfürsorge mit der Unterstützung der Kommunen gefordert.

Gabi Walter,
Mitglied im Behindertenbeirat
Ludwigsfelde



Grafik: magnific/kozakleva858

Rubrik: Jung trifft Alt



Mathias Koepke im Gespräch mit Angelika Tepper.

Einen Monat vor dem Verlassen der politischen Bühne habe ich mit unserer Genossin Angelika Tepper telefoniert. Anfang September legt Angelika ihr Mandat in der Gemeindevertretung Blankenfelde-Mahlow nieder. Nach ihrem Eintritt in die SED im Jahr 1972 gehen dann 54 Jahre politischen Wirkens für die im Februar 1954 geborene »Wasserfrau« zu Ende – sicher aber nicht ihr Politisch-Sein. An-

gelikas Politik hat ihren Ursprung, wie das bei vielen jungen Menschen nun einmal so ist, im Aufbegehren gegen die Obrigkeit. In ihrem Fall waren das der Vater und später die Lehrenden während ihrer Ausbildung zum Baufacharbeiter mit Abitur. Und nein, der Facharbeiter wurde damals nicht gegendert, mit Folgen. Nach einer kleinen Odyssee hinsichtlich der weiteren Ausbildung wurde es

dann die hauptamtliche politische Arbeit. Bei allem Einsatz für die Partei hat sie an ihrer Aufmüpfigkeit jedoch nichts eingebüßt, bis heute. Ob es das dauerhafte Beharren auf – hier findet es sich wieder – das Gendern und der Kampf für die Gleichberechtigung aller Geschlechter geht oder das plakative Tragen des »Katzen ja, AFD nee«-Shirts in Sitzungen: Angelika schont sich nicht und legt den Finger nur deswegen nicht immer wieder in die Wunde, weil er bei ihr direkt dort liegen bleibt. Zuletzt hat sie das seit 2019 in der Gemeindevertretung gemacht, wo sie als unsere Fraktionsvorsitzende und militante ostdeutsche Alterspräsidentin mit ihrer klaren Kante fehlen wird. Da hilft es auch nicht, dass mit mir ein ebenfalls ost-sozialisierter Mensch auf ihre Position nachrückt. Schon die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass der Ton ein anderer ist, wenn wir beide sprechen. Bis jetzt in guter Ergänzung, bald muss ich dann selbst deutlicher werden. Angelika weiß, dass ich das kann, ihr hier Lesenden vielleicht noch nicht. Seit Dezember 2023 bin ich Mitglied bei Die Linke und neben

der Gemeindevertretung nun auch im Kreistag. Ich bin 38 Jahre alt und als Blankenfelder zeitlich wie geografisch noch knapp in der DDR »groß« geworden. Hier hat es mich nach Studium und Arbeit an vielen Orten der Welt wieder hin verschlagen.

Am stärksten politisiert hat mich das Großwerden im Brandenburg der 2000er, der Protest gegen LEGIDA/AFD in Leipzig und das Besetzen von Kohletagebauten. Meinen Ton in Sitzungssälen also nicht mit fehlender Radikalität verwechseln. Der Generationenwechsel wird also zumindest an unserer Haltung nichts ändern: Gerade, aufrecht, links, nach vorn. Die Zeitung neues deutschland (nd) hat übrigens im Jahr 2025 Angelika Tepper in einem Artikel gewürdigt.



Mathias Koepke,
Blankenfelde-Mahlow

Und plötzlich: Europaabgeordneter



Der 16. September 2025 – an diesen Tag werde ich mich wohl eine Weile erinnern: mein erster Tag in Brüssel als Europaabgeordneter. Viel war nicht los im Parlament. Es war eine sogenannte grüne Woche. So heißen die Wochen, die für außerparlamentarische Aktivitäten vorgesehen sind. Für mich war allerdings viel zu tun: Arbeitsverträge unterschreiben, Auskünfte über meine bisherigen Tätigkeiten und vieles mehr. Transparenz wird in der EU großgeschrieben und das ist gut so. Leider führt all die Transparenz nicht dazu, dass der Einfluss von diversen Wirtschaftslobbys deutlich erkennbar ist. Es wird Front gemacht gegen Beschäftigtenrechte, Umwelt- und Klimaschutz. Im Parlament finden Sie mit den Konservativen und gleich drei rechten Fraktionen willige Vollstrecker. Selbst wenn die Konservativen mal nicht direkt mit den Rechten kooperieren, üben sie mit der Androhung eben dies zu tun, Druck auf Sozialdemokratie, Grüne und Liberale aus, Fortschritte, die in der letz-

ten Wahlperiode noch gemacht wurden, wieder aufzuweichen. So musste ich gleich in meinen ersten Monaten im Parlament erleben, wie die Lieferkettenrichtlinie, die Richtlinie gegen Entwaldung und noch einige andere wichtige Richtlinien geschliffen wurden. Seit Februar dieses Jahres kommt die EU-Kommission regelmäßig mit einem neuen sogenannten »Omnibus«

um die Ecke. Der vage Begriff ist wohl nicht zufällig gewählt. Damit kann hervorragend verschleiert werden, um welche Schweinereien es so alles geht. »Wettbewerbsfähigkeit« wird dabei wie eine Monstranz als Begründung vor sich hergetragen. Wettbewerbsfähigkeit kann man getrost mit mehr Profite für Großkonzerne und Superreichen übersetzen. Allein im ersten Halbjahr 2025 vermehrten die Milliardär*innen in der EU ihr Vermögen um 400 Milliarden Euro. Damit dies auch weiter so bleibt, soll offensichtlich alles geschliffen werden, was den Profiten schadet. Dies öffentlich zu machen und Widerstand dagegen zu organisieren, bleibt unsere Aufgabe im Europäischen Parlament, der auch ich mich nun schon fast ein Jahr widme.

Martin Günther,
Mitglied des
Europäischen
Parlaments,
Fraktion THE LEFT

Auf meiner Seite der **Homepage des Parlaments** lassen sich beispielsweise diese Auskünfte zu meiner Person nachlesen: europarl.europa.eu/meps/de/270719/MARTIN_GUNTHER/home



Wer mehr über unsere **Arbeit im Europarlament** erfahren will, besucht gern die Website der Delegation: dielinke-europa.eu.



Meine Website findet sich unter: martin-guenther.eu. Auf jenen Websites finden sich auch Links zu unseren tagesaktuellen Social-Media-Kanälen.



Dabei sein

Termine und AKTIONEN (Unter Vorbehalt)

Linkstreff Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Str. 10

Sitzung Regional- vorstand TGL

Mo., 21.09., 18:00 Uhr

Linke Stunde

Do., 03.09. und 01.10.,
jeweils 18:00 Uhr

Linker Seniorentreff

Di., 08.09. und 13.10.,
jeweils 10:00 Uhr

Rote Socken – stricken und mehr

Sa., 19.09. und 24.10.,
jeweils 10:00 Uhr

Linkes Frühstück

Sa., 22.08. und 31.10.,
jeweils 10:00 Uhr

Aktiventreffen Region Nord

Mo., 19.10., 18:00 Uhr

Linkstreff Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str. 19

Basistreffen

Mi., 09.09. und 14.10.,
jeweils 15:00 Uhr

Redaktionsgruppe Linksblick

Mi., 16.09., 17:30 Uhr

Sitzung des Kreisvorstandes

Mi., 16.09., 18:30 Uhr

Mitgliederversammlung SV Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal

Sa., 26.09., 10:00 Uhr,
Haus Sonnenschein

Linkstreff Jüterbog, Große Straße 62

Tag der offenen Tür

Sa., 12.09., Uhrzeit noch offen

Überregional

Bürgermeisterwahl Niedergörsdorf

So., 23.08., 8:00–18:00 Uhr

2. CSD Ludwigsfelde

Sa., 29.08., 14:00 Uhr,
Bahnhof Ludwigsfelde

Beratung der Kreistagsfraktion

Mo., 07.09., 18:30 Uhr,
Kreishaus Luckenwalde

Sitzung des Kreistages

Mo., 14.09. und 12.10., jeweils
17:00 Uhr, Kreishaus Luckenwalde

Kreisvorstand und KT-Fraktion vor Ort

Sa., 03.10., 10:00 Uhr,
Ort noch offen

Vor Ort und im Netz

Die Linke in Teltow-Fläming:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
R.-Breitscheid-Straße 19
Mittwoch 14:00–18:00 Uhr
Telefon: 03371 632267
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Dienstag 10:00–12:00 Uhr
Telefon: 03372 432691
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Dienstag 10:00–13:00 Uhr
Donnerstag 16:00–19:00 Uhr
Telefon: 03378 510653
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15

Leserbriefe und Zuschriften
sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: Kreisverband Teltow-Fläming der Partei Die Linke

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss:
31. Juli 2026

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern

Auflage 1.500, August 2026

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Die Linke Teltow-Fläming zu Gast beim CSD in Golßen: **Farbenfroher Protest trotz dem Sommersturm**

Wie in jedem Jahr brach auch in diesem Sommer wieder die farbenfrohe und lautstarke CSD-Saison in Brandenburg an. Doch es müssen nicht immer die großen Metropolen sein, um ein starkes Zeichen für Vielfalt zu setzen. Direkt nebenan, im benachbarten Landkreis Dahme-Spree-wald, fand in diesem Jahr ein Christopher Street Day der ganz besonderen Art statt: Der wahrscheinlich kleinste, aber dafür umso herzlichere CSD Deutschlands in der Stadt Golßen.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der dort ansässige Ortsverband der Linken beim Partnerortsverband in Baruth/Mark um tatkräftige Unterstützung gebeten, da noch helfende Hände für das Ordnerteam gesucht wurden. Dieser Bitte kamen die Genoss*innen aus Teltow-Fläming selbstverständlich sehr gerne nach. Gemeinsam trotzte man den extrem heißen Sommertemperaturen und stand den fleißigen Organisator*innen vor Ort von der ersten Minute an solidarisch zur Seite.

Der bunte Demonstrationzug wurde durch eine Vielzahl inspirierender Reden feierlich eröffnet. Neben dem stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Golßen fand auch Helmut Hummel, der Ortsvorstand der Linken in Golßen, bewegende Worte für das Publikum. Ein ganz besonderes Highlight war zudem die Videoansprache des bekannten Schirmherrn Hape Kerkeling, der aus der Ferne grüßte. Alle Redner*innen machten in ihren Beiträgen den Kern und den eigentlichen Fokus dieser wichtigen Veranstaltung deutlich: Es geht um Offenheit, bedingungslose Toleranz

und gelebte Solidarität – und das ganz besonders auch im ländlichen Raum und dem sogenannten »Hinterland« von Brandenburg.

Eine ganz besondere Wendung machte diesen CSD in Golßen schließlich absolut einzigartig und unvergesslich. Mitten auf der Strecke wurde der Demonstrationzug, der aus etwas mehr als einhundert fröhlichen Menschen bestand, von einem plötzlichen, heftigen Regenschauer überrascht.

Doch trotz des einsetzenden Starkregens dachte niemand der Teilnehmenden ans Aufgeben.

Ganz im Gegenteil:

Die Demonstrierenden ließen sich die Laune nicht verderben. Es wurde einfach unbeeindruckt weiter gesungen, getanzt, lautstark gerufen und gefeiert. Was andere politische Demonstrationen unter Umständen vorzeitig beendet hätte, führte hier zu einer noch besseren, ausgelasseneren und spürbar magischen Stimmung als zuvor.

Glücklicherweise sorgte der warme Sommerregen letztlich für eine willkommene Abkühlung nach der drückenden Hitze, so dass das restliche Kultur- und Bühnenprogramm der Veranstaltung wie geplant fortgesetzt werden konnte.

Schon jetzt steht fest: Auch im nächsten Jahr ist eine Fortführung des erfolgreichen CSDs in Golßen fest eingeplant. Wir als

Die Linke Baruth/Mark haben die solidarische Nachbarschaftshilfe genossen und sind definitiv gerne wieder mit von der Partie! Ein von Herzen kommendes Dankeschön gilt an dieser Stelle all den engagierten Vereinen, demokratischen Parteien und unermüdlichen ehrenamtlichen Helfer*innen. Sie alle haben tatkräftig dazu beigetragen, Golßen ein großes Stück bunter und offener zu machen. Gemeinsam haben wir einen wundervollen, wenn auch stürmischen Tag verbracht, an den wir uns alle noch sehr lange und mit einem Lächeln im Gesicht erinnern werden.

Elian Franz, Baruth/Mark,
Mitglied des Kreisvorstandes



Foto: privat



Foto: privat

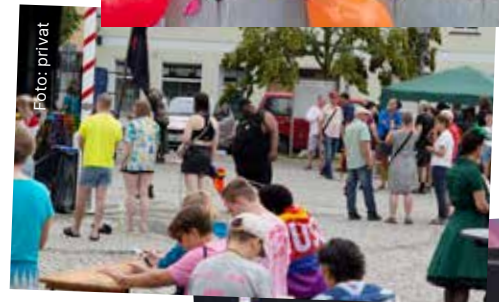


Foto: privat



Foto: privat